

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Sören Bartol, Bernhard Brinkmann (Hildesheim), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/4428 –

Deutschland braucht im ganzen Land einen verlässlichen und sicheren Schienenverkehr

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Sabine Leidig, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/4433 –

Die Bahn im Einklang mit dem Grundgesetz am Wohl der Allgemeinheit orientieren

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Anton Hofreiter, Winfried Hermann, Dr. Valerie Wilms, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/4434 –

Für eine konsequente Strukturreform der Deutschen Bahn AG

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, ein Zukunftskonzept für einen deutschlandweiten Schienenverkehr vorzulegen; auf die geplante Zwangsdividende von 500 Mio. Euro zu verzichten, mehr Mittel in den Ausbau und die Instandhaltung des Schienenverkehrs zu investieren und Sondermittel zur kurzfristigen Beseitigung von Störungen im Betriebsablauf bereitzustellen; sicherzustellen, dass die Deutsche Bahn AG (DB AG) ausreichend Reservekapazitäten an Fahrzeugen aufbaut, die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) mit der DB AG so weiterzuentwickeln, dass auch witterungsabhängige Leistungsmerkmale der Infrastruktur mit einem Koeffizienten bewertet und in den jährlichen Bericht mit aufgenommen werden; die Einrichtung eines

Verbraucherbeirates bei der Bundesnetzagentur bzw. beim Eisenbahn-Bundesamt (EBA) zu prüfen und als Eigentümer der DB AG eine Reihe von in dem Antrag genannten Forderungen im Hinblick auf Wartung, Instandhaltung und Werkstätten sowie die Berliner S-Bahn umzusetzen.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, den Schienenverkehr als einheitliches System wieder am Wohl der Allgemeinheit auszurichten; einen Gesetzentwurf zur Änderung des Artikels 87e des Grundgesetzes mit dem Ziel vorzulegen, die Eisenbahnen des Bundes als Wirtschaftsunternehmen in öffentlich-rechtlicher Form zu führen; die DB AG nach Maßgabe des Antrags in eine Anstalt öffentlichen Rechts umzuwandeln; bei der DB AG auf verschiedene in dem Antrag genannte Sofortmaßnahmen hinzuwirken sowie in dem Antrag genannte Maßnahmen im Zusammenhang mit der S-Bahn Berlin zu ergreifen.

Zu Buchstabe c

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, den Beschluss über eine Zwangsdividende von 500 Mio. Euro zurückzunehmen und sicherzustellen, dass diese Mittel für zusätzliche Investitionen eingesetzt werden, die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge der DB AG mit allen Infrastrukturgesellschaften zu kappen und die Gewinne in den Um- und Ausbau der Infrastruktur zu investieren, einen Gesetzentwurf für eine eigentumsrechtliche Trennung von Netz und Transport vorzulegen, gemeinsam mit der DB AG ein Krisen- und Präventionskonzept vorzulegen und regionale Schieneninfrastruktur, z. B. das Berliner S-Bahnnetz, mit einem finanziellen Ausgleich an die Länder zu übertragen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/4428 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/4433 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/4434 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a bis c

Jeweils Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/4428 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/4433 abzulehnen;
- c) den Antrag auf Drucksache 17/4434 abzulehnen.

Berlin, den 17. April 2013

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter
Vorsitzender

Ulrich Lange
Berichterstatter

Werner Simmling
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ulrich Lange und Werner Simmling

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Anträge auf den **Drucksachen 17/4428, 17/4433 und 17/4434** in seiner 85. Sitzung am 21. Januar 2011 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung überwiesen. Zugleich hat er den Antrag auf **Drucksache 17/4428** an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen und hat weiterhin den Antrag auf **Drucksache 17/4433** an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie den Antrag auf **Drucksache 17/4434** an den Haushaltsausschuss und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, ein Zukunftskonzept für einen deutschlandweiten Schienenverkehr vorzulegen; auf die geplante Zwangsdividende von 500 Mio. Euro zu verzichten, mehr Mittel in den Ausbau und die Instandhaltung des Schienenverkehrs zu investieren und Sondermittel zur kurzfristigen Beseitigung von Störungen im Betriebsablauf bereitzustellen; sicherzustellen, dass die DB AG ausreichend Reservekapazitäten an Fahrzeugen aufbaut, die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) mit der DB AG so weiterzuentwickeln, dass auch witterungsabhängige Leistungsmerkmale der Infrastruktur mit einem Koeffizienten bewertet und in den jährlichen Bericht mit aufgenommen werden; die Einrichtung eines Verbraucherbeirates bei der Bundesnetzagentur bzw. beim EBA zu prüfen und als Eigentümer der DB AG eine Reihe von in dem Antrag genannten Forderungen im Hinblick auf Wartung, Instandhaltung und Werkstätten sowie die Berliner S-Bahn umzusetzen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den Schienenverkehr als einheitliches System wieder am Wohl der Allgemeinheit auszurichten; einen Gesetzentwurf zur Änderung des Artikels 87e Grundgesetz mit dem Ziel vorzulegen, die Eisenbahnen des Bundes als Wirtschaftsunternehmen in öffentlich-rechtlicher Form zu führen; die DB AG nach Maßgabe des Antrags in eine Anstalt öffentlichen Rechts umzuwandeln; bei der DB AG auf verschiedene in dem Antrag genannte Sofortmaßnahmen hinzuwirken sowie in dem Antrag genannte Maßnahmen im Zusammenhang mit der S-Bahn Berlin zu ergreifen.

Zu Buchstabe c

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den Beschluss über eine Zwangsdividende von 500 Mio. Euro zurückzunehmen und sicherzustellen, dass diese Mittel für zusätzliche Investitionen eingesetzt werden, die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge der DB AG mit allen Infrastrukturgesellschaften zu kappen und die Gewinne in den Um- und Ausbau der Infrastruktur zu investieren, einen Gesetzentwurf für eine eigentumsrechtliche Trennung von Netz und Transport vorzulegen und gemeinsam mit der DB AG ein Krisen- und Präventionskonzept vorzulegen und regionale Schieneninfrastruktur, z. B. das Berliner S-Bahnnetz, mit einem finanziellen Ausgleich an die Länder zu übertragen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/4428 in seiner 91. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 85. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 88. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/4433 in seiner 85. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD,

FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 88. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/4434 in seiner 88. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Anträge auf Drucksachen 17/4428, 17/4434 und 17/4433 in seiner 30. Sitzung am 9. Februar 2011 anberaten und dazu die Durchführung einer öffentlichen Anhörung beschlossen. In seiner 53. Sitzung am 19. Oktober 2011 hat er diese Anhörung durchgeführt. An der Anhörung nahmen als Sachverständige teil:

- Petra Breuer, Bundesamt für Verkehr der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BAV);
- Prof. Dr. Christian Böttger, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin;
- Prof. Dr. Justus Haucap, Vorsitzender der Monopolkommission;
- Michael Holzhey, KCW GmbH;
- Dr. Thomas Kaufmann, Generaldirektion Mobilität und Verkehr der EU-Kommission (GD MOVE);
- Alexander Kirchner, Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG);
- Dr. Richard Lutz, Vorstand Finanzen und Controlling der Deutschen Bahn AG;
- Prof. Dr. Franz Jürgen Säcker, Freie Universität Berlin.

Wegen des Ergebnisses der Anhörung wird auf das Protokoll der 53. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am 19. Oktober 2011 mit den schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen verwiesen.

In seiner 93. Sitzung am 30. Januar 2013 hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die drei Anträge – gemeinsam mit dem „Sondergutachten der Monopolkommission gemäß § 36 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes – Bahn 2011 – Wettbewerbspolitik unter Zugzwang“ auf Drucksache 17/7248, sowie vier Petitionen, welche dem Ausschuss im Hinblick auf die drei Anträge nach § 109

Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung zur Stellungnahme übermittelt wurden – abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte in Bezug auf den Antrag der SPD-Fraktion fest, was die Frage eines Zukunftskonzeptes für den Schienenverkehr betreffe, habe gerade die jetzige Bundesregierung die Entwicklung des Bahn wieder in die richtige Richtung gelenkt. Die Vorschläge der SPD-Fraktion zur Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung erachte man nicht als sinnvoll und in Bezug auf die Reservekapazitäten der DB AG zeichne sich bereits eine positive Entwicklung ab. Die Einrichtung eines Verbraucherbeirates halte sie nicht für zielführend.

Die **Fraktion der SPD** kritisierte noch einmal den Beschluss zur Abführung einer Dividende von 500 Mio. Euro durch die DB AG an den Bund. Sie sprach sich auch im Hinblick auf die Verfahren zur Zulassung von Schienenfahrzeugen für eine bessere Personalausstattung des Eisenbahn Bundesamtes aus. Weiterhin betonte sie, sie halte die Bahnreform im Grundsatz für richtig und wolle daher – anders als in dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. vorgesehen – nicht zurück zu einer Behördenbahn. Sie erklärte, sie stehe sowohl zu beschlossenen Großprojekten als auch zum integrierten DB-Konzern.

Die **Fraktion der FDP** schloss sich der Fraktion der CDU/CSU an und führte aus, die Zahlung einer Dividende von 500 Mio. Euro sei ein notwendiger Teil des Sparpaketes gewesen. Bezüglich einer stärkeren Trennung des Netzes vom DB-Konzern spreche sie sich dafür aus, dass das Netz von den Transportgesellschaften getrennt werde und dass es nicht privatisiert werden dürfe. Man liege hier mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN grundsätzlich auf einer Linie, aber nicht alles lasse sich sofort realisieren und es sei zuvor auch eine Prüfung der konkreten Konsequenzen erforderlich.

Die **Fraktion DIE LINKE.** begrüßte die in dem Antrag der SPD-Fraktion enthaltene Forderung nach einem Konzept für einen deutschlandweiten Schienenverkehr; problematisch sei in diesem Antrag aber, dass die grundsätzliche Ausrichtung der DB als gewinnorientierte Aktiengesellschaft nicht in Frage gestellt werde. Sie sprach sich gegen eine Trennung von Netz und Betrieb aus und bestritt, dass eine Umwandlung der DB in eine Anstalt öffentlichen Rechts eine Rückkehr zu einer Behördenbahn bedeute. Es gehe vor allem darum, das Unternehmen an anderen Kriterien als dem einer Gewinnmaximierung auszurichten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, dass sich aus dem Sondergutachten der Monopolkommission (Drucksache 17/7248) eindeutig ergebe, dass der Schienenverkehrsmarkt in Deutschland mit dem integrierten Konzern nicht funktioniere. Die beste Lösung sei nach Auffassung der Monopolkommission die vollständige Trennung von Netz und Transport. Den Antrag der Fraktion DIE LINKE. werde sie ablehnen, denn sie sei gegen eine Rückkehr zur alten Behördenbahn.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/4428.

Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/4433.

Mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt er die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/4434.

Berlin, den 17. April 2013

Ulrich Lange
Berichterstatter

Werner Simmling
Berichterstatter

